

von Robert Nef, geboren 1942, wohnhaft in St. Gallen und Mitglied der dortigen FDP, ist Publizist und Sozialphilosoph und gehört zu den Gründern des Liberalen Instituts

## Zentralismus ist von gestern

### *Nicht der Euro, die europäische Sozialunion ist das Problem*

*Ein EU- Bundesstaat scheitert am Fehlprojekt „Wohlfahrtsstaat“, bzw. „Daseinsvorsorgestaat“, das einen Prozess der Zentralisierung, Bürokratisierung, Etatisierung, sozialer und ökonomischer Kontrolle, der Sozialisierung und auch der Abschottung gegen aussen voraussetzt, der sich nicht einmal auf nationalstaatlicher Ebene nachhaltig aufrechterhalten lässt.*

Das Paradox eines europäischen Binnenmarktes kommt in der EU- Migrationspolitik klar zum Ausdruck. Die migrationsfreundliche Öffnung der Binnengrenzen, ruft nach einer migrationsfeindlichen Abwehr an den Aussengrenzen, was in der EU zur Vollzugskrise bei der Durchsetzung des Dubliner Abkommens geführt hat.

**Einwanderung und Binnenwanderung sind eine Frage des Masses.** Je offener die Arbeitsmärkte sind, desto besser gelingt schon in der zweiten Generation die Integration. Viel schwerer wiegt das ungelöste Problem der „auf Pump“ bei der nächsten Generation prekär abgestützten staatlichen Altersvorsorge in Kombination mit einer zunehmend auf Verschuldung basierenden staatlichen Gesundheits- und Bildungspolitik, die ohne Rationierung zum „Fass ohne Boden“ werden. Viele nationale Staatschefs Europas sind nur darum so dezidiert Pro-EU, weil sie damit von den immer weniger lösbaren Problemen ihrer nationalen Umverteilungspolitik ablenken können. **Politik ist oft das Hinausschieben von Problemen auf die politischen Nachfolger oder auf eine übergeordnete zentralere Instanz. Je grösser und unübersichtlicher der territoriale Rahmen, desto leichter ist die Verwischung und Vertuschung von politischen Verantwortlichkeiten.**

Das müsste eigentlich auch den heute vorherrschenden EU-Sozialdemokraten aller Parteien klar sein: **Nicht das „Projekt Euro“, sondern das Projekt „EU- Wohlfahrtsstaat“ ist die entscheidende Fehlkonstruktion. Mit den Mängeln einer Währungsunion hat dies m.E. nur indirekt zu tun. Man schlägt den „Sack“ Euro und meint den „Esel“ „Daseinsvorsorgestaat“. Umverteilungspolitik ist auf die Dauer nur möglich, wenn die Gebietskörperschaften, die sie praktizieren, relativ klein sind, in einem Wettbewerb stehen und über Zutrittsschranken und Exit- und Expelloptionen verfügen.** Dann können sie gar nicht in jenen „sozialistischen Himmel“ wachsen, der wegen mangelnder Produktivität ökonomisch ohnehin früher oder später zusammenbricht.

**Politische Umverteilungssysteme werden durch das Mehrheitsprinzip korrumpiert, sobald eine Mehrheit zulasten von Minderheiten lebt.** Es sei denn, es gelinge, jenen politischen Konsens zu finden, der die zwangsweise Umverteilung auf ein ökonomisch allseits nachhaltig tragbares Mass reduziert. Dieses Mass ist selbst in der Schweiz bereits überschritten, aber es gibt zu wenig Politiker und auch zu wenig Wissenschaftler und Publizisten, die auf diese durchaus unpopuläre Tatsache aufmerksam machen.

**Personenfreizügigkeit ist keine Voraussetzung für offene Märkte.** Dies war die Quintessenz einer Studie des Bruegel Think Tanks zum Thema „Europe after Brexit“, an der auch der CDU-Politiker Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, mitgewirkt hat. Die Studie machte schon vor dem Brexit den konstruktiven Vorschlag, England und der Schweiz freien Zugang zum EU-Binnenmarkt zu gewähren – ohne die volle Personenfreizügigkeit zu verlangen. **Für Röttgen ist die Personenfreizügigkeit ein politisches Projekt, das mit dem ökonomischen Projekt eines Binnenmarktes nicht direkt verknüpft werden sollte.**

Interessant ist, dass der 1848 gegründete Bundesstaat Schweiz in den ersten 100 Jahren seines Bestehens auch nur eine beschränkte Personenfreizügigkeit kannte. "Armengenössige" (heute: Sozialhilfebezüger) wurden in ihre Heimatgemeinde zurückgeschickt und niemand sah darin eine Verletzung von Bürgerrechten oder gar von Menschenrechten. **Dass die Freiheitsrechte keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf staatliche Leistungen begründen, war damals noch unbestritten. Diese Beschränkung des Freizügigkeitsprinzips wäre auch für die ersten 100 Jahre eines europäischen Staatenverbundes ein sehr empfehlenswertes Konzept.**

Die Schweiz von 1848 war ähnlich heterogen wie heute ganz Europa. Die Unterschiede bei den Löhnen, beim Lebensstandard und bei den Lebenskosten waren enorm. Warum hat die nationale bundesstaatliche Integration in der Schweiz trotz dieser grossen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vielfalt und trotz der Mehrsprachigkeit funktioniert? **Ein relativ freier Arbeitsmarkt und ein intakter Steuerwettbewerb bestärkten gleichzeitig zentralisierende und dezentralisierende Tendenzen** und durchmischten die Schweiz ohne überstürzte Identitätsverluste und Entwurzelungen. Zudem hat natürlich der massive Druck von aussen, dem die Schweiz während der Weltkriege ausgesetzt war, die für einen Integrationsprozess wichtige innere Kohärenz gefördert.

Die Kritik am Euro ist in Deutschland „politisch korrekter“ als die grundsätzliche Kritik an der EU, die schnell einmal als Ausdruck der Rückschrittlichkeit und des Nationalismus abgetan wird. Allein schon die Vermutung, dass auch die EU ein veraltetes, freiheitsfeindliches und dem kollektivistischen Ungeist des 20. Jahrhunderts verhaftet gebliebenes Projekt sein könnte, weckt tiefes Misstrauen.

Die „Europaidee“ ist unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und mitten im Kalten Krieg lanciert und propagiert worden. **Sie beruht historisch gesehen auf einem**

antiglobalistischen, europäischen Kartell der Kohle und Stahlproduzenten. Für die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft stand nicht die liberale Idee einer weltweiten handelspolitischen Öffnung im Vordergrund, sondern eine eigenständige Wirtschaftsmacht zwischen den USA und dem damals von der Sowjetunion dominierten Ostblock und jenen Ländern, die man „Dritte Welt“ nannte. Es bestand damals das Bedürfnis, die im Krieg gegenseitig zerstörte korporatistische und merkantilistische nationale Wirtschaftspolitik auf einer kontinentalen Ebene neu aufzubauen und die durch den Krieg notwendig gewordene, auf massiver progressiver Besteuerung beruhende Sozialpolitik weiterzuführen. Wirtschafts- und sozialpolitisch peilte man einen „dritten Weg“ an, der die angeblichen Vorteile des Sozialismus mit einer „politisch gezähmten“ Marktwirtschaft verknüpfte.

Dieses Projekt ist im Kern veraltet. Die Geopolitik und die globalen Märkte stehen heute in einem veränderten Kräftefeld, das die Idee einer kontinentalen Abschottung und eines wirtschafts- und sozialpolitischen Sonderweges grundsätzlich in Frage stellt. Die Herausforderungen der Globalisierung sind auch in Europa von Nationalstaat zu Nationalstaat verschieden. Sie sind so komplex, dass sie nicht zentral gesteuert und koordiniert werden können.

Zahlreiche Probleme, die mit der „Fehlkonstruktion EU“ zusammenhängen, werden in Deutschland als Folge der überstürzten Einführung einer gemeinsamen Währung zurückgeführt. Man hofft, eine Rückkehr zu nationalen Währungen könnte allenfalls jene Spannungen lösen, die mit einer überrissenen Zentralisierung und zwangsweisen Harmonisierung sämtlicher Lebensverhältnisse zusammenhängen. Das ist nicht ganz falsch, aber doch unzulässig vereinfacht. Möglicherweise sind es gar nicht die unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen und strukturellen Ungleichheiten, die den Euro gefährden und infrage stellen, sondern die unterschiedlich fehlorganisierten und zentralisierten Wohlfahrts- und Umverteilungssysteme, die mit der gleichzeitig postulierten Freizügigkeit letztlich inkompatibel sind. Schon Milton Friedman hat auf die Unvereinbarkeit von „freier Immigration“ und „Wohlfahrtsstaat“ aufmerksam gemacht, weil sie falsche Anreize für Migranten schafft, welche einseitig zulasten der Ansässigen gehen. Es ist nicht nur innenpolitisch, sondern auch finanzpolitisch unmöglich, gleichzeitig eine internationale Willkommenskultur zu pflegen und grosszügige Sozialleistungen als allgemeinen menschenrechtlichen Anspruch in Aussicht zu stellen. Eine kombinierte Konsens- und Finanzkrise ist aus dieser Sicht unausweichlich, und es nur zu hoffen, dass sie nicht überall gleichzeitig ausbricht.

Das Ausweichen vor dem langfristig Unausweichlichen ist eine tagespolitische Taktik, die politisch bei allen Parteien, aber vor allem bei jenen, die Mehrheitskoalitionen bilden, sehr beliebt ist. Man nennt dann diejenigen, welche unbequeme Fragen stellen „Populisten“ und bezeichnet sich selbst als „Koalition der Vernunft“. Es gibt aber auch einen Populismus des gezielten Ausweichens und Verschweigens langfristiger Probleme. Er basiert auf dem Opportunismus einer permanenten

Anpassung an die „vorherrschende Meinung“ dessen, was in den massendemokratischen Medien jeweils als „politisch korrekt“ kommuniziert wird. Dies führt dazu, dass jene Individuen und Gruppierungen, die unbequeme Fragen stellen und schmerzhaft Antworten geben und damit auch jene Impulse vermitteln, die gemeinsame Lernprozesse ermöglichen und vorantreiben, als „Aussenseiter“ und „Abweichler“ auszugrenzen.